

Rückblick Wintersession 2020

Marc Winistörfer, Stv. Fraktionssekretär

WICHTIGSTE GESCHÄFTE



Senkung der Corona-Fallzahlen ohne Abwürgen des Gewerbes

[20.093 Erklärung des Nationalrats. Keine schärferen Covid-Vorschriften für den Schweizer Wintersport](#)

Unter Federführung der SVP richtete der Nationalrat eine dringliche Erklärung an den Bundesrat, keine Verschärfung der COVID-19-Massnahmen für den Schweizer Wintersport vorzunehmen. Der Nationalrat forderte den Bundesrat auf, auf Kapazitätsgrenzen für Skigebiete zu verzichten und für alle Leistungserbringer im Skigebiet keine schärferen Einschränkungen zu erlassen als dies für die entsprechenden Branchen (Hotellerie, Gastronomie etc.) im Allgemeinen gelten. Auf weitere Massnahmen ist zu verzichten, solange sich nicht klar erweist, dass die bestehenden Schutzkonzepte mangelhaft sind.

SVP übernimmt Präsidien in Bundes-, National- und Ständerat

[20.219 Bundesrat. Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates für 2021](#)

[20.216 Nationalrat. Wahl des Präsidiums](#)

[20.217 Ständerat. Wahl des Büros \(Präsidium, Vizepräsidium, Stimmenzähler, Ersatzstimmenzähler\)](#)

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Guy Parmelin am 9. Dezember 2020 zum Bundespräsidenten 2021. Bundesrat Parmelin wird in seinem Präsidialjahr vor grossen Herausforderungen stehen. Nicht nur die unmittelbaren gesundheitlichen Folgen der COVID-19-Pandemie, sondern auch die Auswirkungen der staatlichen Massnahmen werden unser Land im Jahr 2021 schwer treffen. Mit Nationalrat Andreas Aebi (BE) und Ständerat Alex Kuprecht (SZ) übernimmt die SVP zudem die Präsidien in National- und Ständerat. Damit werden 2021 nicht nur der Bundesrat, sondern auch die Eidgenössischen Räte von der SVP präsidiert.

SVP wehrt sich erfolgreich gegen erneute Verwässerung der Landesverweisung

[20.025 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Schengener Informationssystem \(SIS\)](#)

Versteckt in einer Schengen-Weiterentwicklung wollte der Bundesrat die Ausschaffung krimineller Ausländer freiwillig dem EU-Recht unterstellen. Damit hätte die EU bzw. deren Gerichtshof künftig entschieden, ob eine ausgesprochene Landesverweisung effektiv vollzogen werden darf. Dies wäre einem Verfassungsbruch gleichgekommen. Das Schweizer Volk hatte am 28. November 2010 die Ausschaffungsinitiative mit einer Mehrheit von 52,9 Prozent der Stimmentenden und 17,5 Ständen angenommen. Bereits in der Herbstsession 2020 stemmte sich die SVP erfolgreich gegen einen solchen Versuch und konnte wohl erstmalig erreichen, dass der Nationalrat eine Schengen-Vorlage ablehnte. In der Wintersession ist es der SVP nunmehr gelungen, einen Vorbehalt zur Ausschaffung krimineller Ausländer anzubringen. Ständerat und Nationalrat nahmen die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes mit dieser

Anpassung an. Damit stellten sie sicher, dass die entsprechende EU-Richtlinie keine Anwendung auf die Anordnung und den Vollzug der Landesverweisung finden wird.



Die anderen Parteien wollen nicht entschieden gegen den Terrorismus vorgehen

[Ordnungsantrag Aeschi Thomas: Folgende im Nationalrat hängigen Vorstösse sind während der Wintersession 2020 zu behandeln:](#)

[19.3301 Motion. Addor Jean-Luc. Systematische Ausbürgerung von "Dschihad-Touristen" mit doppelter Staatsbürgerschaft](#)

[19.3306 Motion. Addor Jean-Luc. Kein Rückkehrrecht für "Dschihad-Touristen"](#)

[19.3376 Motion. Büchel Roland. Konsequentes Vorgehen gegen Dschihad-Rückkehrer und Terrorunterstützer](#)

[19.4005 Motion. Fraktion SVP \(Wobmann Walter\). Stopp der Ausbreitung des radikalen Islams in der Schweiz!](#)

[19.3598 Motion. Quadri Lorenzo. Schluss mit dem einfachen Zugang zur Sozialhilfe für Dschihadistinnen und Dschihadisten!](#)

Die Geschehnisse im Tessin führten der Schweiz die grosse Gefahr des islamistischen Terrorismus wieder einmal vor Augen. Die Täterin, die zwei Frauen angriff und eine davon schwer verletzte, war eine glühende Sympathisantin der Terrororganisation «Islamischer Staat». Trotzdem weigern sich die anderen Parteien, entschieden gegen den islamistischen Terrorismus vorzugehen. Mit mehreren Vorstössen wollte die SVP-Fraktion die Grundlagen schaffen, um die Schweizer Bevölkerung wirksam vor islamistischen Terrorakten zu schützen. Islamistischen Gefährdern, Hasspredigern und radikalisierten Personen mit Doppelbürgerschaft soll die schweizerische Staatsbürgerschaft entzogen werden. Zudem sollen Schweizer «Dschihad-Touristen», die unserer Kultur und unserer Lebensweise den Krieg erklärt haben, an der Rückkehr in die Schweiz gehindert werden. Die SVP fordert zudem, dass ausländische Terrorunterstützern die Einreise verwehrt wird oder dass sie des Landes verwiesen werden. Und wenn sich Gefährder, Hassprediger und Radikalisierte in der Schweiz aufhalten, sollen sie keine Sozialhilfe kassieren. Auch die Unterstützung des islamistischen Terrorismus ist zu unterbinden. Radikale muslimische Glaubensgemeinschaften und Moscheen müssen konsequent überwacht werden. Ausserdem ist die Finanzierung von Gebetshäusern, Organisationen und weiteren Institutionen aus dem Ausland endlich zu verbieten. Es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit gegen unsere freiheitlich-abendländische Gesellschaft gehetzt, agitiert und gemordet wird. Die falsche Toleranz und die politische Korrektheit der anderen Parteien sind hier fehl am Platz.

Dolmetscher für schlecht integrierte Ausländer auch zukünftig vom Steuerzahler finanziert

[19.303 Kt.lv. TG. Integrationskosten](#)

Die Standesinitiative des Kantons Thurgau forderte eine Relativierung der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts, so dass die Kosten, die Fremdsprachige durch mangelnde Integrationsbemühungen verursachen, den Verursachern auferlegt werden können. Jährlich fallen den Gemeinden hohe Kosten an, weil schulpflichtige ausländische Kinder nicht in der Lage sind, eine Landessprache zu sprechen. Die Standesinitiative wollte ausländische Eltern in die Pflicht nehmen, damit sie sich rechtzeitig bemühen, dass ihre Kinder Deutsch lernen. Nach dem Ständerat entschied nun auch der Nationalrat, dass die Dolmetscher für schlecht

integrierte Ausländer auch zukünftig vom Steuerzahler finanziert werden müssen. Die SVP unterstützte dieses berechtigte Anliegen des Kantons Thurgau erfolglos.

Linksrün, die Mitte und Teile der FDP verhelfen dem wirtschaftsfeindlichen Tabakproduktegesetz zur Mehrheit

[15.075 Bundesgesetz über Tabakprodukte](#)

Nach dem Ständerat beriet nun auch der Nationalrat das Tabakproduktegesetz. Der Ständerat hatte zahlreiche Verschärfungen eingefügt und zusätzliche Werbeverbote in der Presse, im Internet und an Anlässen mit internationalem Charakter im Gesetz verankert. Die SVP-Fraktion scheiterte mit der beantragten Rückweisung des Geschäfts an den Bundesrat. Gegen die Stimmen der SVP stimmte die Mitte-Fraktion zusammen mit den Fraktionen von SP, Grünen und GLP einem Werbeverbot im öffentlichen Raum zu. Zudem verankerte der Nationalrat ein Verbot von Menthol-Zigaretten im Gesetz. Immerhin konnte die SVP verhindern, dass die Kantone jeweils strengere Werbe-, Sponsoring- und Verkaufsförderungsvorschriften erlassen können. Das Tabakproduktegesetz in dieser Form besteht hauptsächlich aus unnötigen, wirtschaftsfeindlichen Vorschriften unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes. Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Voranschlag im Zeichen von COVID-19

[20.041 Voranschlag 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024](#)

Der Bundesrat hatte ursprünglich ein Defizit von einer Milliarde Franken budgetiert und verlautbaren lassen, dass über den Corona-Schuldenabbau Ende 2020 entschieden werde. Die anhaltende Corona-Krise machte dem Bundesrat jedoch einen Strich durch die Rechnung. National- und Ständerat einigten sich schliesslich auf Ausgaben von 82 Milliarden Franken und ein Defizit von 6,1 Milliarden Franken. Der Bund beteiligt sich mit insgesamt 1,9 Milliarden Franken an den Härtefallmassnahmen. Die Ausgaben für die COVID-19-Kredite belaufen sich auf 6,6 Milliarden Franken. Auf grössere Aufstockungen bei anderen Budgetposten verzichteten beide Räte. Die SVP unterstützt die Massnahmen des Bundesrats, solange die Mittel gezielt für besonders betroffene Branchen wie die Gastronomie eingesetzt werden.

Ständerat sistierte AP22+

[20.022 Agrarpolitik ab 2022 \(AP22+\)](#)

[20.3931 Po. WAK-SR. Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik](#)

Der Ständerat beschloss mit den Stimmen der SVP-Vertreter im Stöckli, die Agrarpolitik 22+ zu sistieren. Solange der Bundesrat nicht wie gefordert nachgebessert und die Widersprüche und Zielkonflikte in der Vorlage nicht ausgeräumt hat, ist auf die Beratung zu verzichten. Der Ständerat stimmte hingegen dem finanziellen Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft für den Zeitraum 2022 bis 2025 zu. Damit stehen für Direktzahlungen insgesamt 13,8 Milliarden Franken zur Verfügung. Die SVP begrüsst, dass es zu keinen Kürzungen kam. Die Landwirtschaft erbringt zahlreiche wertvolle gemeinwirtschaftliche Leistungen, die abgegolten werden müssen. Das Geschäft geht an den Zweitrat.

Besserer Überblick dank einheitlicher Rechnungslegungsvorschriften

[19.071 Finanzhaushaltsgesetz. Änderung \(Vereinfachung und Optimierung der Haushaltssteuerung\)](#)

Der Ständerat stimmte den Vorschlägen des Bundesrates zu, die Rechnungslegung so anzupassen, dass ein besseres Bild der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht. Die SVP unterstützte diese Anpassung. Für das öffentliche Rechnungswesen der Schweiz ist es von Vorteil, wenn Bund, Kantone und Gemeinden das Ergebnis nach dem gleichen System kommunizieren. Das Geschäft geht an den Zweitrat.

Kein Finanzdatenaustausch im Inland

[19.316 Kt.lv. Bern. Finanzdatenaustausch im Inland](#)

Der Ständerat wollte nicht, dass ein Finanzdatenaustausch in Steuerfragen unter den Kantonen eingeführt wird. Mit den Stimmen der SVP-Ständeräte wurde die entsprechende Standesinitiative des Kantons Bern abgelehnt, welche das Bankkundengeheimnis im Inland faktisch aufgehoben hätte. Laut Initiativtext sollen Auskünfte der Banken an die Steuerbehörden der Kantone nicht mehr unter Strafe gestellt werden. Die SVP lehnt jede Aufweichung des Bankkundengeheimnisses kategorisch ab. Der Schutz der Privatsphäre muss auch in finanziellen Fragen gelten.

Nationalrat wies das Geldwäschereigesetz an die Kommission zurück

[19.044 Geldwäschereigesetz. Änderung](#)

Der Bundesrat beantragte mit der Revision des Geldwäschereigesetzes, die Empfehlungen des Länderberichts der Financial Action Task Force umzusetzen und strengere Regeln für Anwälte und Treuhänder einzuführen. Die SVP wehrte sich erfolglos dagegen, dem internationalen Druck nachzugeben. Mit einer Annahme würden unnötige Hindernisse für den Geschäftsverkehr errichtet. Nachdem der Nationalrat in einer ersten Lesung in der Frühjahrssession 2020 nicht auf den Entwurf eingetreten war, beschloss die Ratsmehrheit am 15. Dezember, der Revision des Geldwäschereigesetzes nochmals eine Chance zu geben und den Entwurf an die vorberatende Kommission zurückzuweisen. Einzig die SVP-Fraktion wollte am Nichteintreten festhalten.

Finger weg von der kantonalen Steuerhoheit

[18.469 Pa.Iv. FK-NR. Stärkung der Prüf- und Aufsichtskompetenzen im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer](#)

Nachdem der Nationalrat die parlamentarische Initiative in der Herbstsession 2020 angenommen hatte, gab der Ständerat am 16. Dezember 2020 keine Folge. Vorgesehen ist, dass die Prüf- und Aufsichtskompetenzen der Eidgenössischen Steuerverwaltung gestärkt werden. Die SVP lehnte einen Ausbau der Kompetenzen der Eidgenössischen Steuerverwaltung ab, weil dadurch die Steuerhoheit der Kantone und somit der Föderalismus angegriffen werden. Die parlamentarische Initiative geht nun in die Differenzbereinigung.

Chance auf langfristige Entlastung der Bundeskasse ist intakt

[20.067 Administrative Erleichterungen und Entlastung des Bundeshaushalts. Bundesgesetz](#)

Der Bundesrat schlug dem Parlament strukturelle Reformen vor, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Bundesgesetz am Dienstag als Erstrat oppositionslos zu. Die meisten Massnahmen könnten ohne Gesetzesänderung umgesetzt werden. Die SVP begrüsst, dass der Bundesrat die Entlastung der Bundeskasse vorantreibt. Die gute Arbeit unseres Finanzministers, Ueli Maurer, scheint Früchte zu tragen.

Das verfassungswidrige COVID-19-Geschäftsmietengesetz stürzte ab

[20.076 Covid-19-Geschäftsmietengesetz](#)

Nachdem der Nationalrat in der Sondersession vom Oktober 2020 auf das verfassungswidrige COVID-19-Geschäftsmietengesetz eingetreten war, konnte die SVP zusammen mit der FDP-Fraktion und Teilen der Mitte-Fraktion Schlimmeres verhindern. Der Entwurf sah vor, dass Vermieter von Geschäftsliegenschaften rückwirkend auf 60 Prozent des Mietzinses vom 17. März bis 21. Juni 2020 verzichten müssen. Die Vermieter wären dadurch teilenteignet worden. Der Nationalrat lehnte die Vorlage in der Gesamtabstimmung ab. Der Ständerat trat nicht auf darauf ein. Die linksgrünen Parteien scheiterten mit ihrem Angriff auf die Eigentumsgarantie.

Fair-Preis-Initiative nahm erste Hürde

[19.037 Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag](#)

Die Fair-Preis-Initiative will die gesetzlichen Grundlagen schaffen, um die häufig praktizierte internationale Preisdiskriminierung von Nachfragern aus der Schweiz zu bekämpfen. Nachdem der Nationalrat die Fair-Preis-Initiative bereits in der Frühjahrssession 2020 zur Ablehnung empfohlen hatte, zog der Ständerat am 2. Dezember nach. Die SVP sprach sich klar gegen die Fair-Preis-Initiative aus, da sie zu weit geht. Unstrittig war jedoch, dass etwas gegen die hohen Schweizer Preise zu unternehmen ist. Darum beschloss das Parlament, einige der Forderungen der Initiative direkt ins Gesetz zu schreiben. Die SVP setzt sich dafür ein, dass Missbräuchen und Abzockerei ein Ende gesetzt wird. Gleichzeitig muss aber verhindert werden, dass ein bürokratisches Monster geschaffen wird, welches die Schweizer Unternehmen unnötig belastet.

MIGRATIONSPOLITIK

Nationalrat schuf weiteren Grund gegen Rückschaffung abgewiesener Asylanten

[20.3925 Mo. SPK-NR. Keine Lehrabbrüche nach langen Verfahren. Rückkehrhilfe durch den Abschluss einer bereits begonnenen Lehre bei einem negativen Asylentscheid](#)

Der Nationalrat stimmte zu, dass Asylsuchende, die mit einem Lehr- oder Ausbildungsvertrag ausgestattet und im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, bei einem negativen Asylentscheid vor der Rückkehr ins Herkunftsland ihre berufliche Grundbildung mittels einer verlängerten Ausreisefrist in der Schweiz weiterführen und abschliessen können. Die Nein-Stimmen stammten fast ausschliesslich aus der SVP-Fraktion. Die Kantone haben bereits heute die Möglichkeit, einen Ausreiseentscheid zu sistieren, bis die Betroffenen die Lehre abgeschlossen haben. Zudem werden solche Fälle in Zukunft nicht mehr vorkommen, da die Asylverfahren mit dem neuen System viel schneller behandelt werden.

Kein fauler Kompromiss beim Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene

[20.063 Ausländer- und Integrationsgesetz. Änderung](#)

Das Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene war in der zuständigen Kommission stark verwässert worden. Mit tatkräftiger Hilfe von GLP, FDP und CVP waren Ausnahmen eingefügt worden, so dass unerlaubte Auslandsreise auch in Zukunft nicht hätten verhindert werden können. Die SVP-Fraktion konnte unter diesen Umständen nicht zustimmen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Tritt dieser ebenfalls nicht auf den Gesetzesentwurf ein, ist die Vorlage vom Tisch. Tritt die kleine Kammer ein und stimmt sie den Änderungen in der Gesamtabstimmung zu, ist erneut der Nationalrat am Zug.

Ständerat schränkte den Familiennachzug für Schutzbedürftige ein

[16.403 Pa.Iv. Müller Philipp. Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene](#)

Der Ständerat hielt an seinem Entscheid fest, dass Schutzbedürftige ihre Familien erst nach drei Jahren in die Schweiz holen dürfen sollen, so wie es für vorläufig Aufgenommene gilt. Die Gewährung von Schutz ist auf die Dauer einer allgemeinen Gefährdung ausgelegt. Ein langfristiger Aufenthalt in der Schweiz ist für diese Personen nicht vorgesehen. Die SVP begrüsst darum, dass der Ständerat an seinem ursprünglichen Entscheid festhielt. Es wäre absurd, Schutzbedürftigen den Familiennachzug zu gewähren, wenn sie in absehbarer Zeit das Land wieder verlassen müssen.

AUSSENPOLITIK

Das Parlament sprach 297 Millionen Franken ohne effektive Kontrolle

[20.024 Weltbankgruppe und Afrikanische Entwicklungsbank. Kapitalerhöhung](#)

Die Schweiz soll sich mit 297 Millionen Franken an den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank beteiligen. Der Erhöhung stimmte das Parlament im Grundsatz bereits in früheren Sessionen zu. Der Nationalrat wollte aber noch gewisse Kontrollmechanismen und Offenlegungspflichten einfügen. Am Ende einigten sich die anderen Parteien gegen den Willen der SVP auf den faulen Kompromiss des Ständerats und schwächte die Offenlegungspflicht ab. Der Bundesrat muss die Aussenpolitischen Kommissionen in Zukunft lediglich periodisch informieren.

STAATSPOLITIK

Ständerat nahm «Mogelpackung» an

[19.3170 Mo. \(Lombardi\) Rieder. Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens](#)

Die Motion täuscht die Möglichkeit einer demokratischen Mitwirkung in Bezug auf das institutionelle Rahmenabkommen vor. Das Prinzip der automatischen Rechtsübernahme, der EuGH als abschliessende Rechtsinstanz und die Einführung einer Super-Guillotine-Klausel über alle Marktzugangsabkommen verunmöglichen eine demokratische Mitwirkung per se. Die SVP wehrte sich darum gegen diese demokratiepolitische Mogelpackung, unterlag jedoch den anderen Parteien.

Homeoffice für Nationalräte bewilligt

[20.483 Pa.Iv. SPK-NR. Nationalratsmitglieder, die wegen der Covid-19-Krise verhindert sind. Teilnahme an Abstimmungen in Abwesenheit](#)

Das Parlament schuf die Grundlage, dass die Nationalratsmitglieder von zu Hause aus abstimmen können. Die Idee mag zwar gut klingen, bringt aber zahlreiche praktische und rechtliche Probleme mit sich. Es bestehen ernsthafte Sicherheitsbedenken. Ausserdem ist nicht nachvollziehbar, weshalb jemand mit einem Beinbruch nicht in Abwesenheit abstimmen darf, jemand in Corona-Quarantäne aber schon. Der Sprecher der SVP-Fraktion kritisierte, in der

vorliegenden Form sei das Gesetz eine "staatspolitisch unwürdige Bastelarbeit". Die SVP setzte sich als einzige Fraktion geschlossen gegen das Homeoffice für Nationalräte ein.

Parlament stimmte Identifikation von Personen mit AHV-Nummer zu
[19.057 AHVG. Änderung \(Systematische Verwendung der AHV-Nummer durch Behörden\)](#)

Der Nationalrat entschied am 8. Dezember 2020, dass die AHV-Nummer in Verwaltungsabläufen zur Identifikation von Personen verwendet werden soll. Ein Rückweisungsantrag der Grünen blieb chancenlos. Der Rat räumte die letzten Differenzen zum Ständerat aus. Die SVP stimmte mehrheitlich zu in der Schlussabstimmung, da es für Behörden je länger je schwieriger wird, Personen aufgrund eines Namens eindeutig zu identifizieren.

Ständerat für mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung
[19.400 Pa.Iv. SPK-SR. Mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung](#)

Der Ständerat hat am Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative festgehalten und die Vorlage noch verschärft. So soll der offenzulegende Aufwand für Kampagnen von 250'000 Franken auf 50'000 Franken gesenkt werden. Die grosse Kammer hatte in der Herbstsession den indirekten Gegenvorschlag klar abgelehnt. Unterstützung erhielten die Linken von FDP- und CVP-Ständeräten. Die parlamentarische Initiative geht nun zurück in den Nationalrat.

SICHERHEITSPOLITIK

Parlament genehmigte den Armeeeinsatz in der zweiten Corona-Welle
[20.083 Assistenzdienst der Armee zugunsten der zivilen Behörden im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der zweiten Welle der Covid-19-Pandemie](#)

Der Bundesrat hatte Anfang November beschlossen, das Gesundheitswesen in der zweiten Corona-Welle mit bis zu 2500 Armeeangehörigen zu unterstützen. Das Parlament bewilligte diesen Dienst mit Unterstützung der SVP. Der Armeeeinsatz ist bis am 31. März 2021 befristet.

Nationalrat wollte Pflichtlagerhaltung überprüfen
[20.3197 Mo. Nationalrat \(Burgherr\). Überprüfung der Pflichtlagerhaltung](#)

Das Parlament beschloss, dass der Bundesrat im Nachgang der Corona-Krise das Konzept der Pflichtlagerhaltung überprüfen und den Produktkatalog und die Bedarfsabdeckung ausweiten muss. Die Ereignisse im Frühjahr 2020 führte der Schweizer Bevölkerung vor Augen, wie wichtig die wirtschaftliche Landesversorgung in der Krise ist. Mit den erforderlichen Maskenvorräten hätte der Bundesrat keinen Grund für die «Maskenlüge» gehabt. Die SVP unterstützte darum die Motion.

RECHTSFRAGEN

Verfassungsbruch mit Hilfe von FDP und GLP
[13.468 Pa.Iv. Fraktion GL. Ehe für alle](#)

Obwohl der Verfassungsgeber mit Ehe nur die Vereinigung von Frau und Mann gemeint hatte, öffneten die Räte die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat der Ehe für alle zu. Damit dürfen gleichgeschlechtliche Paare künftig ebenso wie Frau und Mann eine Ehe eingehen. Verheiratete lesbische Paare erhalten zudem Zugang zur Samenspende. Die SVP hat sich vergeblich dafür eingesetzt, dass dem Willen des Verfassungsgebers Rechnung getragen wird und die Ehe weiterhin Mann und Frau vorbehalten bleibt.

Modernisiertes Erbrecht gefährdet den Familienfrieden
[18.069 ZGB. Änderung \(Erbrecht\)](#)

Das Erbrecht soll den neuen gesellschaftlichen Formen des Zusammenlebens angepasst werden. Der Bundesrat schlug insbesondere vor, die Pflichtteile für Nachkommen zu senken,

damit Erblasser freier über ihr Vermögen verfügen können. Die eidgenössischen Räte schlossen die Revision des Erbrechts in der Wintersession 2020 ab. Die letzte Differenz betraf die ehedem rechtliche Mehr- und Meistbegünstigung des überlebenden Ehegatten. Erblasser können künftig über einen grösseren Teil des Nachlasses frei verfügen. Es ist zu befürchten, dass mit dieser Revision der Familienfrieden erheblich gestört wird.

Parlament mit weiterem Schritt zur Aufhebung der Geschlechteridentität

[19.081 ZGB. Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister](#)

Künftig kann jede und jeder auf dem Zivilstandsamt sein Geschlecht und den Vornamen ändern und zwar ohne Hormontherapie oder operative Veränderungen. Das Parlament räumte die letzten Differenzen aus und entschied, dass eine Zustimmung der Eltern respektive des gesetzlichen Vertreters nur vor der Vollendung des 16. Lebensjahr notwendig ist. Die SVP lehnte diesen fragwürdigen Kompromiss ab, blieb damit jedoch chancenlos gegen die anderen Parteien. Letztlich geht es den Befürwortern um die Aufhebung der Geschlechter respektive um die Öffnung der Tür für ein drittes Geschlecht, was die SVP entschieden ablehnt.

SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Parlament verlängert Mutterschaftsurlaub bei kranken Neugeborenen

[18.092 Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen](#)

Der Ständerat entschied, dass die Mutterschaftsentschädigung verlängert wird, wenn das Neugeborene unmittelbar nach der Geburt ununterbrochen während mindestens zwei Wochen im Spital bleiben muss. Ausserdem sollen nur Mütter Anspruch auf diese Verlängerung der Entschädigung haben, die nach dem Mutterschaftsurlaub nachweislich wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen. Die Ständeratsmehrheit folgte in beiden Punkten dem Nationalrat. Damit wird der Erwerbsersatz zusätzlich belastet.

Schweizer Sozialwerke bluten für Bosnien aus

[20.047 Soziale Sicherheit. Abkommen mit Bosnien und Herzegowina](#)

Der Nationalrat genehmigte das Sozialversicherungsabkommen mit Bosnien gegen den Widerstand der SVP. Vom Abkommen wird ausschliesslich Bosnien profitieren. Die Sozialversicherungssysteme der Schweiz, die nicht ausfinanziert sind und Jahr für Jahr Defizite schreiben, werden weiter ausbluten. Wenn die Schweiz Renten ins Ausland überweist, wird zudem dem Missbrauch Tür und Tor aufgemacht. Die SVP beantragte erfolglos Nichteintreten und sprach sich einstimmig dagegen aus.

Inkonsequentes Parlament macht weiteren Schritt zur Cannabislegalisierung

[20.060 Betäubungsmittelgesetz. Änderung \(Cannabisarzneimittel\)](#)

Der Nationalrat beschloss, dass Medizinalcannabis direkt auf Rezept verschrieben werden soll. Diese fragwürdige Entscheidung fiel gegen die Stimmen der SVP-Fraktion. Die grosse Kammer lehnte den Minderheitsantrag aus Reihen der SVP ab, dass Ärzte Cannabis nicht in rauchbarer Form abgeben dürfen. Der Widerspruch zum gesundheitlichen Präventionseifer bei weitaus weniger schädlichen Tabakprodukten ist offensichtlich.

Räte weiterhin uneinig über Abrechnungsfreiheit von Pflegenden

[19.401 Pa.IV. SGK-NR. Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität](#)

Mit einer Ausbildungsoffensive und neuen Kompetenzen will das Parlament den Pflegeberuf stärken. Noch immer bestehen Differenzen bei der Frage, ob für Pflegenden, die selbständig abrechnen wollen, eine Vertragspflicht gelten soll oder nicht. Der Ständerat hielt daran fest, dass nur jene Pflegefachpersonen, Spitexorganisationen und Pflegeheime davon profitieren können, die mit den Krankenversicherern vorgängig eine Vereinbarung abgeschlossen haben. Die SVP hofft, dass die ständerätliche Haltung sich am Ende durchsetzt. Mit einer Stärkung der Pflege muss diese auch bei der Kostendämpfung stärker in die Mitverantwortung genommen werden. Das Geschäft geht zurück in den Nationalrat.

Dauerthema steigende Gesundheitskosten

[19.046 Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung \(Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1\)](#)

Mit einem Bündel von Massnahmen will der Bundesrat die eskalierenden Gesundheitskosten senken. Über die vorgeschlagenen Änderungen sind sich National- und Ständerat weiterhin uneinig. Der Nationalrat stimmte der Einführung von landesweit einheitlichen Tarifstrukturen für ambulante Pauschaltarife zugestimmt. Mit diesen planwirtschaftlichen Massnahmen lassen sich die Gesundheitskosten kaum senken. Der Streichungsantrag der SVP aber blieb erfolglos. Erfreulich ist hingegen, dass beide Räte die finanzielle Unterstützung von Patientenorganisationen strichen. Die grösste Knacknuss, die es nun in der Differenzbereinigung zu lösen gibt, bleibt der Experimentierartikel.

BILDUNGSPOLITIK

Schweiz muss der EU erneut Ablass zahlen

[20.052 Horizon-Paket 2021–2027](#)

Die Schweiz soll nach Ansicht der anderen Parteien bei der nächsten Generation des EU-Forschungsprogrammes Horizon dabei sein. Das Parlament sprach in der Wintersession 2020 die dafür notwendigen Gelder in Höhe von 6,15 Milliarden Franken. Das sind knapp 1,8 Milliarden Franken mehr als für das laufende Programm. Die Schweizer Pflichtbeiträge würden um 37 Prozent steigen. Die SVP-Fraktion wollte die Vorlage zurückweisen, blieb jedoch wie bereits im Erstrat ohne Erfolg. Die anderen Parteien wollten nicht prüfen, ob eine eigenständige, nationale Lösung mit direkter Projektfinanzierung zielführender und kosteneffizienter wäre. Lieber sprachen sie zusätzlich zu den Pflichtbeiträgen 614 Millionen Franken als allfällige Reserven.

Parlament bewilligte weitere 28,1 Milliarden Franken für Bildung und Forschung

[20.028 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024](#)

Nach einem zähen Hin und Her einigten sich der National- und Ständerat darauf, dass der Bund in den kommenden vier Jahren 28,1 Milliarden Franken für Bildung, Forschung und Innovation zur Verfügung stellt. Das sind über 2 Milliarden mehr als in den vergangenen vier Jahren. Teilweise erhalten einzelne Institutionen bis zu 10% mehr. Die SVP mahnte vergeblich, dass ein Ausbau der Fördermittel in der aktuellen, finanzpolitisch angespannten Situation nicht tragbar ist.

VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND MEDIEN

Nur die SVP stimmte gegen Wohnbauförderung nach dem Giesskannenprinzip

[20.074 Eventualverpflichtungen in der Wohnraumförderung 2021-2027. Rahmenkredit](#)

Trotz den grossen finanziellen Lasten, die wegen der Corona-Krise auf die Allgemeinheit zukommen, will der Nationalrat weitere 1,7 Milliarden Franken für Bürgschaften im gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Linksgrün konnte auf tatkräftige Unterstützung aus dem «bürgerlichen» Lager zählen. Widerstand kam einzig von der SVP-Fraktion. Die anderen Parteien betreiben Wohnbauförderung nach dem Giesskannenprinzip und leisten damit dem weiteren Aufblähen einer Immobilienblase Vorschub.

Nationalrat will Schutz kritischer Infrastrukturen nochmals prüfen

[Mo. UREK-NR. Schutz kritischer Infrastrukturen](#)

Die Motion verlangt, dass die gesetzliche Grundlage für eine Investitionskontrolle bei kritischen Infrastrukturen geschaffen wird, wenn ausländische Direktinvestitionen in Schweizer Unternehmen zu einer faktischen Kontrolle der Unternehmung führen. Die Mehrheit des Nationalrats wollte die Frage jedoch nochmals eingehend prüfen lassen und wies die Motion an die Kommission zurück. Die SVP unterstützte dieses Vorgehen. Kritische Infrastrukturen gehören nicht in ausländische Hände. Die Motion geht jedoch in die falsche Richtung.

Ständerat für Ausbau der Medienförderung

[18.473 Pa.Iv. \(Lombardi\) Rieder. Medien in die Bundesverfassung](#)

Der Ständerat wollte den Medienartikel in der Bundesverfassung so ändern, dass nicht nur Radio und Fernsehen, sondern auch Presseunternehmen direkt gefördert werden dürfen. Gegen den Widerstand der SVP-Ständeräte wurde der parlamentarischen Initiative Folge gegeben. Die Befürworter von Links brachten das zweifelhafte Argument des Service Public vor, um die beabsichtigte Schaffung einer staatlich finanzierten Presselandschaft zu rechtfertigen.

UMWELTPOLITIK

Grossteil der Gewässerverunreinigung stammt aus Abwasserreinigungsanlagen

[20.4261 Mo. WAK-NR. Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen](#)

[20.4262 Mo. WAK-NR. Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen](#)

Der Bundesrat soll die Stickstoffeinträge in den Abwasserreinigungsanlagen reduzieren. Ausserdem wird der Bundesrat beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit die rund 740 Abwasserreinigungsanlagen in der Schweiz Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen treffen. Abwasserreinigungsanlagen könnten einen grossen Beitrag gegen die Verunreinigung der Gewässer leisten, ohne die einheimische Landwirtschaft zu schädigen. Der Nationalrat nahm beide Motionen mit mehrheitlicher Unterstützung der SVP-Fraktion an. Als Nächstes wird der Ständerat darüber befinden müssen.

Keine verbesserten Rahmenbedingungen für die Nutzung der Wasserkraft

[18.310 Kt.Iv. Wallis. Wasserkraft. Für eine Lockerung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer](#)

Die Standesinitiative verlangte, die Bestimmungen zur Wasserkraft, insbesondere Gewässerschutz, zu lockern. Nach dem Ständerat entschied auch der Nationalrat, keine Folge zu geben. Einzig die SVP-Fraktion stimmte geschlossen dafür. Wieder einmal zeigt sich, dass die anderen Parteien zwar immer von der Energiewende sprechen, sich jedoch weigern, die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung der Wasserkraft zu schaffen.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[20.4626 Mo. Fraktion V. Sans-Papier: Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern](#)

[20.4346 Mo. Fraktion V. Keine Resettlement-Migranten mit ungeklärter Identität oder aus terroristischen Gebieten](#)

[20.4347 Mo. Fraktion V. Migranten und Asylbewerber mit ungeklärter Identität oder aus Risikogebieten geschlossen unterbringen oder überwachen](#)

EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)